

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

8.3.1924 (No. 58)

Expedition:
Karlsruher
StraÙe Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 958
und 954
Postkontokto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. Mend,
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und andwärts frei ins Haus geliefert monatlich 3.— Geldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig. Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein
Lebenszeit. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anträge
Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Anzeigen-
weiser Verbreitung und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder
telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Für Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen.
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Die Krisis als Zeichen der Zeit

Es gibt zurzeit auf der ganzen Welt wohl keine einzige Regierung, deren Zustand nicht mehr oder minder kritisch wäre. Derartige Krisen sind ohne weiteres begreiflich in jenen Ländern, die durch den Weltkrieg in einen Abgrund geschleudert wurden, aus dem sich ohne
Gezänk und Streiterei herauszuarbeiten wohl nur einem Volk von Engeln möglich wäre. Eine spätere Zeit wird sich darüber, daß z. B. Deutschland einen Regierungswechsel nach dem andern erlebte, nicht so sehr wundern, als vielleicht darüber, daß das Gefüge des Reichsschiffes überhaupt dem Sturm der letzten Jahre stand gehalten hat.

Und so wird jetzt auch der Münchener Hochverratsprozeß mit moralischer Berechtigung nur von den Angehörigen solcher Staaten kritisiert werden dürfen, die selbst ohne öffentliche Skandale sind. Den Amerikanern, Franzosen und Tschechoslowaken z. B. wird man die größte Zurückhaltung empfehlen müssen, da sie selbst ihren Petroleumskandal, ihren Wiederaufbaukandal und, wie die letzten Meldungen aus Prag verraten, Korruptionsercheinungen aufweisen können, die alle so beschaffen sind, daß sie der Nation als solcher gewiß nicht zur Ehre gereichen.

Aber davon abgesehen, ist auch die politische Lage in fast allen Reichen der Welt dermaßen verworren, daß man vergebens nach Stabilität, nach dem bekannten ruhenden Pol in der Erscheinung sucht. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika wirkt der Petroleumskandal immer stärker auf die politische Stellung der Regierung ein. Heißt es doch neuerdings, daß sogar der Präsident Coolidge eines inkorrekten Verhaltens bezichtigt werde.

In Großbritannien ist die Arbeiterregierung Macdonalds als Minderheitsregierung von dem guten Willen eines ausreichenden Teils der übrigen Parteien abhängig. Wie groß diese Abhängigkeit ist, hat noch in den letzten Tagen die Beratung der Verabfolgung der Exportabgabe gezeigt. Die Maßnahmen der Regierung sind lediglich mit einer Mehrheit von 70 Stimmen gebilligt worden. Die akute Krisis in England wäre dagegen, wenn auch nur 35 Abgeordnete von diesen 70 gegen das Kabinett gestimmt hätten.

In Frankreich schlägt sich Poincaré zurzeit mit dem Senat herum. Der französische Ministerpräsident hat im Verlauf seiner Auseinandersetzung mit dem Senat sogar schon mit dem Rücktritt gedroht. Doch wird man im Senat wohl nicht geneigt sein, das Land jetzt unmittelbar vor den Wahlen einer Kabinettskrisis auszusetzen. Im übrigen zeigt der weitere Sturz des Frankens klar genug, wie man in Finanzkreisen des Auslandes die Situation Frankreichs betrachtet.

Belgien macht zurzeit eine besonders gefährliche Kabinettskrisis durch. Wahrscheinlich wird sie mit der Wiederkehr eines Kabinetts Theunis endigen. Ob dieses neue Kabinett Theunis aber auf festeren Füßen stehen wird als das alte, bleibt fraglich. Und ob das belgische Volk weiterhin die Rhein- und Ruhrpolitik Frankreichs mitmachen wird, ist gleichfalls recht zweifelhaft.

In Italien hat Mussolini die Regierungsgewalt zwar noch fest in der Hand. Dafür ist die Uneinigkeit im Bereiche des Faschismus aber immer größer geworden. Und Mussolini muß einen beträchtlichen Teil seiner Zeit und seiner Arbeitskraft darauf verwenden, um die Ordnung in den Reihen seiner Partei wiederherzustellen und die schlimmsten Brüche zu flicken.

In Spanien scheint die Militärdiktatur, da sie auch nicht viel besseres geleistet hat, als die frühere Regierung, moralisch bereits abgewirtschaftet zu haben. Jedenfalls darf man auf einen Wechsel der Dinge in Spanien durchaus gefaßt sein.

In Polen gehört es gewissermaßen zur Tagesordnung, daß Neubildungen und Umbildungen des Kabinetts stattfinden. Und auch in der Türkei, die sich durch die Absetzung des Kalifen und noch mehr durch die Abschaffung des Kalifats schlechtbin eine gehörige Rute auf den Buckel gebunden hat, ist dieser Tage der Ministerpräsident Zsmed Pascha zurückgetreten.

Über die Dinge in Rußland erfährt man nichts Zuverlässiges. Doch häufen sich in der letzten Zeit die privaten Nachrichten, nach welchen auch das Sowjetregiment unmittelbar vor einer Krisis stehe, zumal von einer Einmütigkeit unter den maßgebenden Führern des russischen Kommunismus nicht mehr gesprochen werden könne.

In Japan hat wohl lediglich das fürchtbare Unglück der Erdbebenkatastrophe im Sinne einer Konsolidierung gewirkt. Doch kann auch dort jeden Tag der innerpolitische Kampf die Krisis heraufbeschwören.

Daß in China die staatsrechtlichen und politischen Verhältnisse der Stabilität entbehren, ist bekannt.

So sieht es in der Welt aus. Und es ist zu verstehen, daß die vernünftigen und besonnenen Staatsmänner aller Staaten nicht mehr von einer Krankheit Europas, sondern von einer Krankheit der ganzen Welt sprechen.

Förderung der Polizeitechnik

von Oberregierungsrat Dr. Vard, Polizeireferent im Ministerium des Innern, Karlsruhe

Die Polizei in Deutschland steht heute der Notwendigkeit gegenüber, mit durch Friedensvertrag und finanzielle Not beschränkten Kräften Sicherheit und Ordnung aufrecht zu erhalten und dabei einem vermehrten und technisch immer vollkommener arbeitenden Verbrechertum entgegenzutreten. Man kann daher sagen, nicht nur die gesteigerte Technik des Verbrechens zwingt die Polizei, sich ebenfalls technisch besser auszurüsten, sondern auch der Mangel an Beamten führt dazu, den Polizeidienst technisch zu vervollkommen. Dabei wird diese gesteigerte Polizeitechnik in gleicher Weise zugute kommen müssen dem uniformierten Sicherheitsdienst auf der Straße wie dem nichtuniformierten Kriminal- und Fahndungsdienst.

Ansätze und Fortschritte zur Verbesserung der Polizeitechnik sind in Deutschland auf beiden Gebieten schon vor dem Kriege gemacht worden. Insbesondere aber war es das Gebiet der sogenannten Kriminaltechnik, das in einzelnen deutschen Ländern besonders gepflegt wurde. Es war das vor allem dort, wo erkennungsdienstliche Zentralen geschaffen wurden (Berlin, Hamburg, München, Dresden, Stuttgart). Die erkennungsdienstlichen Zentralen umfassen insbesondere die Sammlung und Registrierung der Fingerabdruckarten (daktyloskopische Registrierungen), die Sammlung von Täter- und Tatmaterialien (Spezialitäten-Karteien) sowie die Schaffung von polizeitechnischen Anstalten, insbesondere zur Verwertung der Photographie im Dienste der Verbrechensbekämpfung. Die einheitliche Organisation der Zentralen führte zu dem bisher noch nicht verwirklichten Gedanken der Schaffung eines Reichskriminalamts (Reichsfahndungsamt). Auf dem Gebiete des Straßendienstes jedoch wurden insbesondere im Verhältnis zum Ausland in weit geringerem Maße technische Verbesserungen getroffen. Erst nach dem Kriege und unter dem Zwange der Not wurde die sogenannte Schutzpolizei geschaffen, die über technische Einrichtungen und technische Geräte verfügt, die einen erhöhten Schutz von Stadt und Land auch gegen Massenangriffe auf die staatliche Ordnung gewährleisten. Zurückergeben ist aber in Deutschland die technische Zeinausrüstung für den Straßendienst, die außerdeutsche Länder bereits seit langem kennen. Es seien hier angeführt namentlich die sogenannten Polizeialarm- und Meldeeinrichtungen auf der Straße, die zu dem ausgesprochenen Zweck der Erspareung von Beamten und Steigerung der Leistungsfähigkeit der Polizei beispielsweise in amerikanischen Großstädten schon seit langem bestehen (Rio de Janeiro 1908, Winnipeg (Kanada) 1911). Gegenüber diesen technisch vollkommenen Einrichtungen können die sogenannten Notrufeinrichtungen (wie sie z. B. in Hamburg bestehen) und die sogenannten Überfallkommandos, wie sie in letzter Zeit bei den größeren Polizeidirektionen in Baden eingerichtet worden sind, nur als unvollkommener Ersatz angesehen werden.

Auf beiden Gebieten, sowohl der sogenannten kriminellen Polizei als auch im Straßendienst, insbesondere aber für letzteren, muß das Technische noch mehr wie bisher in den Dienst der Polizei gestellt werden. Ganz in dem Sinne muß damit gehen eine Steigerung auch der Ausbildung der Polizeibeamten, die die technischen Hilfsmittel kennen lernen und in ihrer Anwendung geübt werden müssen. Um dieses doppelte Ziel zu erreichen, muß m. E. die Polizei, wie das in letzter Zeit gewiß nicht zufällig mehr und mehr geschieht, engere Fühlung mit den Hochschulen der Wissenschaft und insbesondere der Technik suchen. Dieses Ziel kann auf verschiedene Art erreicht werden. So sei hier daran erinnert, daß der Leiter des Erkennungsdienstes Berlin, Dr. Schenker, einen Lehrauftrag für Polizeihilfswissenschaften an

der Universität Berlin erhalten hat; es sei ferner daran erinnert, daß der österreichische Untersuchungsrichter Hans Groß nach langen Bemühungen es erreicht hat, daß im Jahre 1912 an der Universität Graz ein kriminalistisches Universitätsinstitut errichtet wurde, das der Pflege der Kriminalhilfswissenschaften gewidmet ist. Es scheint indessen, als ob die neueste Zeit einen besseren Weg gefunden hat, um den Gedanken des technischen Fortschritts für die Polizei zu verwirklichen. So entstanden in Berlin und in Wien nach dem Kriege Gesellschaften von Praktikern und Wissenschaftlern, die sich die Pflege der Polizeiwissenschaften zum Ziele setzten. Die freie Vereinigung für Polizei- und Kriminalwissenschaft in Berlin, die unter der Leitung des Staatsministers Dr. Drews steht, hat insbesondere durch Befähigung auf literarischem Gebiet für den technischen Fortschritt in der Polizei großes geleistet.

Will man allgemein den Gedanken, die modernen technischen Fortschritte für das gesamte Gebiet der Polizei nutzbar zu machen und andererseits auch die Wissenschaft und Technik instand zu setzen, den großen Aufgaben der Polizei unter den heutigen Verhältnissen technisch gerecht zu werden, weitertragen, so wird man m. E. immer wieder auf den Gedanken eines Zusammenwirkens von Praktikern und Wissenschaftlern zurückkommen müssen. Ist es doch gerade für die Polizeitechnik des Straßendienstes ein Gebot der Zeit, sich auch die Errungenschaften der modernen, auch drahtlosen Nachrichtenübermittlung nutzbar zu machen, wie andererseits der Polizeiphotograph von den Fortschritten der photographischen Technik auf dem Gebiet beispielsweise der Palimpsestforschung nicht erst gewissermaßen durch Zufall erfahren darf. Aus diesen Gründen heraus ist deshalb kürzlich in Baden, das als Grenzland vor besondere Notwendigkeiten im Polizeidienst gestellt ist, eine freie Vereinigung für Polizeitechnik gegründet worden, die sich unter Mitwirkung von Hochschulprofessoren und Männern der Praxis zum Ziel gesetzt hat, die Polizeitechnik einmal wissenschaftlich zu fördern und sodann im wechselseitigen Zusammenwirken diese Technik auch für den praktischen Dienst nutzbar zu machen.

Dazu ist allerdings zweierlei ferner noch nötig: das lebendige Interesse der Sicherheitsbeamten selbst an Förderung und Verbesserung ihres Dienstes; denn jede Verbesserung der Polizeiorganisation muß mit von den im praktischen Dienst stehenden Beamten getragen werden. Die Erfüllung dieser Forderung scheint mir aber für den deutschen Sicherheitspolizeibeamten über jeden Zweifel gesichert. Dann ist nötig auch das Interesse der Allgemeinheit an Verbesserung und Fortschritt der Arbeit der Polizei, die ihr selbst wieder zugute kommt. Hier wird an die verständnisvolle und anregende Mitwirkung auch der Presse nicht umsonst appelliert werden können.

Währung und Arbeitsmarkt

In Nr. 5 des „Reichsarbeitsblattes“ behandelt Ministerialrat Dr. Berger die Zusammenhänge zwischen Währung und Arbeitsmarkt in Deutschland während der letzten Monate. Der Aufsatz weist die Unrichtigkeit der Behauptung nach, daß die Stabilisierung der Währung den Arbeitsmarkt gelähmt habe.

Der deutsche Arbeitsmarkt hatte, wie an Hand der Statistik nachgewiesen wird, gerade infolge der Inflation der Papiermark seinen Tiefstand erreicht.

Erst nach Stabilisierung der Mark konnte sich auch der Arbeitsmarkt bessern. Dies trat zunächst bei den Kurzarbeitern zu, deren Zahl sich auf einen Bruchteil verminderte, denn naturgemäß geht der Unternehmer leichter von der Kurzarbeit zur Vollarbeit über, als daß er seinen stillgelegten Betrieb wieder aufnimmt.

Aber in den letzten Wochen ist die Zahl der Vollerwerbslosen im unbesetzten Gebiet zurückgegangen, obgleich das Frowitterter den Arbeitsmarkt stark benachteiligte. Die Weiterentwicklung wird unter der Voraussetzung günstig beurteilt, daß auch weiterhin alles unterbleibt, was zu einer neuen Inflation führen könnte, und ferner wird verlangt, daß die Frage der Goldtreibte eine baldige Lösung findet.

Die Frage, ob der Arbeitsmarkt, wie die Mehrheit annimmt, überhaupt mit einer Überlastung mit Arbeitskräften zu rechnen hat, wird dahingehend beantwortet, daß dauernde, grundlegende Mißverhältnisse nicht vorliegen.

Die gegenwärtige Valutakrise wird voraussichtlich vom deutschen Arbeitsmarkt überwunden werden, dieser wird dies um so mehr können, weil das Prinzip der Rawine, die Tatsache, daß jeder erwerbslos werdende mit seiner Kaufkraft ausscheidet, und so auch andere erwerbslos macht, im ungeschickten Sinne auch der Rückentwicklung des Arbeitsmarktes zugute kommt, und jeder Erwerbslose, der wieder zur Arbeit gelangt, auch wieder ein Stück Kaufkraft mehr, ein Stück Mehrertrag, ein Stück Produktions- und Arbeitsgelegenheit mehr bedeutet.

Der deutsche Reichstag

Noch keine Klarheit über den Auflösungsstermin

Nach den Beschlüssen des Ältestenrates ist das Programm des Reichstags für die nächste Woche vorläufig festgelegt: Die Goldkreditbankvorlage, der Notetat, das Gesetz über die Ausprägung von Silbermünzen werden den Reichstag so ziemlich die ganze kommende Woche beschäftigen. Irdenwelche Klarheit darüber, ob und wann der Reichstag aufgelöst wird, besteht nicht. Innerhalb der Regierung sind offenbar die Meinungen selbst noch nicht ganz ausgeglichen. Die Demokraten haben in einem Fraktionsbeschluss sich von neuem dafür ausgesprochen, daß der Reichskanzler dem gegenwärtigen unerfreulichen Schwebezustand alsbald ein Ende machen soll und die Wahlen zum frühesten Termin angefordert werden sollen. Auch im Zentrum ist man wohl für frühere Wahlen, aber der Kanzler scheint nicht mehr so fest zu sein wie noch gestern vormittag. Es stellt sich jetzt heraus, daß offenbar entgegen den gestrigen Mitteilungen der Reichspräsident nicht für die Zustimmung zur alsbaldigen Auflösung zu gewinnen war, sondern empfohlen hat, zunächst noch einmal den Versuch zu machen, den Reichstag in Frieden zu Ende zu bringen. Auch die Rücksicht auf außenpolitische Gesichtspunkte, die sich aus dem Bericht Dr. Schachts ergaben, scheint innerhalb der Regierung die Neigung, die Wahlen zu beschleunigen, etwas gedämpft zu haben. Für spätere Wahlen um die Mitte des Mai ist offenbar auch der Minister des Auswärtigen Dr. Stresemann. So ist noch alles im Ungeklärten.

In der Donnerstagsitzung wurde die politische Aussprache mit der zweiten Rednerreihe abgeschlossen. Es gab zwei Ministerreden, des Ernährungsministers Grafen Kanitz und des Wirtschaftsministers Hamm. Weiter sprach noch u. a. der demokratische Redner Dr. Fischer-Köln, der noch einmal die Hoffnung seiner Fraktion aussprach, daß die Regierung einer klaren Entscheidung in der Auflösungsfrage nicht aus dem Wege gehen und die Initiative nicht aus der Hand geben werde.

Sitzungsbericht

Beginn nachmittags 2 Uhr.

M.D. Berlin, 7. März.

In der Fortsetzung der politischen Aussprache erörtert Reichsernährungsminister Graf Kanitz

die Ernährungslage. Die jetzige Sanierungsstrafe hat dazu geführt, daß noch immer Hunderttausende von Deutschen hungrig und ausschließlich auf Liebesgaben des Aus- und Inlandes angewiesen sind. Wir danken für die großzügige Hilfe des Auslandes und ganz besonders dem Papste. (Beifall im Zentrum.) Aber auch die Liebesgaben des Inlandes kann nicht hoch genug anerkannt werden. Im vorigen Jahre sind durchschnittlich allmonatlich Lebensmittel für 1200 Kinder von der Landwirtschaft als Liebesgabe in die Städte geliefert worden. Die Landwirtschaft leidet gegenwärtig unter einer Erntekrise, die sehr bald auch bei der ganzen deutsch-Verbraucher-schaft empfindlich fühlbar werden wird. Der derzeitige Steuerdruck auf die Landwirtschaft ist auch nach der Meinung des Finanzministers nur ganz vorübergehend tragbar. Die Landwirtschaft muß aber jetzt vorübergehend schwere Opfer bringen, um die von ihr selbst gestiftete Rentenmarkt stabil zu erhalten. Die gestrigen gegen die Goldkreditbank gerichteten abfälligen Bemerkungen kann ich nicht billigen. Die Rentenbank allein kann die Kreditansprüche der Wirtschaft nicht befriedigen. Die Landwirtschaft hat das größte Interesse an der Goldkreditbank. Wir sind jetzt kurz vor dem Ziele der wirtschaftlichen Erleichterung. Die nächsten Monate werden noch sehr schwer sein, aber die Landwirtschaft und die Finanzwirtschaft darf nicht vor dem Ziele den Kopf verlieren. In der Steuerfrage werde ich mich bemühen, den Übergangsscharakter des jetzigen Steuerdrucks zu betonen. In der Kreditfrage läßt sich die Reichsbank bei der Gewährung von Rentenmarktkrediten nicht ausschalten, weil die Rentenbank keinen Kreditverteilungsapparat hat. Die unerhörten Zustände mit den Debitzinsen und den Wertprovisionen können so nicht weitergehen. Die Zwischeninstanzen zwischen Reichsbank und Kreditnehmern nehmen so hohe Zinsen, daß die landwirtschaftlichen Kredite mit 24-30 Prozent verzinst werden müssen. (Hört, hört.) Das ist ein unmöglicher Zustand. Die Landwirte sollten auch auf ihre landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften dahin einwirken, daß sie ihre Zinssätze wesentlich herabsetzen und gleichzeitig ihren viel zu großen Verwaltungsaufwand abbauen. (Lebhafte Zustimmung.) Andererseits sollten sich die Landwirte auch an den Verwaltungsrat der Rentenbank wenden, in dem 50 Prozent der Mitglieder Landwirtschaftsvertreter sind. 16 Prozent der Mitglieder der Rentenbank sind auch noch zu hoch. (Sehr richtig.) Der Bezug von künstlichen Düngemitteln hat sich im letzten Monat beträchtlich gesteigert. In der Frage des Schutzes der einheimischen Produktion gegen die Überschwemmung mit ausländischen Produkten will keine Partei kurz vor den Wahlen den Reigen eröffnen. Ohne Zweifel müssen aber in absehbarer Zeit in irgend einer Form Erleichterungen geschaffen werden. Es ist untragbar, daß die Industrie Erleichterungen verlangen, die allen Anforderungen gerecht werden. Auch hier kann nur eine Erleichterung auf dem Gebiet der Reparationsbesserung geschaffen werden. Auch ich bin der Meinung, daß wir verloren sind, wenn nicht in den nächsten Wochen und Monaten die Reparationsfrage bereinigt wird. Aber darum muß man an der Reparationsfrage arbeiten, und darf nicht mit Schlagworten darüber hinweggehen. (Sehr richtig.) Um die Nahrungsmittel zu verbilligen, muß die Zahl der Zwischenhändler vermindert werden. (Lebhafte Zustimmung.) Die gegenwärtige Auswanderungslust bei den Landwirten ist erschreckend. Sie hungern noch nicht. Aber wenn sie erst hungern würden, dann wäre auch unsere ganze Volksernährung vernichtet. Verbraucher und Erzeuger sind unlösbar verbunden mit der Prosperität der deutschen Völler. Die Verbraucherschaft hat mit größtem Heroismus diesen Winter überstanden, in dem es oft überhaupt kein Brot gab. Darum ist es Pflicht der deutschen Wirtschaft, auch der Landwirtschaft, die jetzige schwere Krise mit erhobenem Kopfe zu überstehen. (Lebhafte Beifall.)

Hg. Dr. Fischer (Dem.) erblickt in den Reden der Opposition den Beweis dafür, daß der Weg des Ermächtigungsgesetzes zur Überwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten der richtige gewesen ist und verlangt, daß der Reichstag auch für die Verantwortung der Regierung trotz mancher Bedenken die Mitverantwortung übernimmt, indem er keine Aufhebungsanträge stellt. Unter den Anträgen der Opposition steht kein politischer Aufbauplan, sondern nur die zersetzende, negative Kritik. Die sozialdemokratischen Anträge könnten

Wirtschaft und Währung gefährden. Wenn die Gesundung fortgeschritten, könnte man allerdings einen Teil der Anregungen folgen lassen. Der schematische Achtstundentag könne nicht wieder hergestellt werden, denn die Mehrarbeit sei eine wesentliche Voraussetzung für die Neubildung der Wirtschaft. Die Anträge der Koalitionsparteien halten sich im Rahmen des Möglichen, ohne das Ganze zu gefährden. Sie wollen z. B. nicht Aufhebung der Personalabbauverordnung, sondern baldige gesetzliche Neuregelung des Beamtenrechts. Der Redner fordert die Möglichkeit der Rechtsbeschwerden für abgebaute Beamte, auch für die Vergangenheit. Die verhasste Wucher- und Preisgesetzgebung muß endlich verlassen werden. Die Gesundungsarbeit des Handwerks und der bearbeitenden Industrie darf nicht durch eine Zollpolitik auf dem Verordnungswege erschwert werden. Wir verlangen gerechte Verteilung der Steuerlasten innerhalb der Landwirtschaft. Auf außenpolitischem Gebiet zeigt sich eine Entspannung, die durch veränderte unruhige Kreise leider gefährdet wird. Das zeigt der Münchener Prozeß. Nicht die Pfaffenhelden, sondern wir u. mit uns die sonst die Reichsregierung stützenden Parteien sind in Wahrheit die Freizeiparteien. (Beifall.)

Hg. Dr. Bayerle (Bayr. V.P.) tritt für eine föderalistische Umgestaltung der Weimarer Verfassung ein. Die von ihm gewünschte vernünftige Dezentralisation sei grundverschieden von der Eigenstaatlichkeit Bayerns, die die Bayerische Volkspartei erstrebe. Die föderalistische Bewegung in Bayern sei kein Kunstprodukt, sondern wurze tief im bayerischen Volkscharakter. Viele behaupten, daß sich bayerische Volkspartei und Zentrum getrennt haben; aber unter den heutigen Verhältnissen werden wir weiter getrennt kämpfen müssen.

Reichswirtschaftsminister Dr. Hamm:

Die Rechtfertigung der Steuererhöhung und der übrigen in Einzelheiten vielleicht anscheinbar Verordnungen liegt darin, daß sie unbedingt notwendig sind, um die Stabilität der Rentenmarkt und eine gewisse Sicherheit der Rentenmarkt zu gewährleisten. Es ist nicht zu leugnen, daß manche Steuerlasten die Wirtschaft über Gebühr belasten. Aber die Wirtschaft muß diese Lasten tragen in dem Bewußtsein, daß eine neue Inflationssteuer noch viel schlimmere Wirkungen haben würde. Wir müssen eine aktive Handelsbilanz anstreben. Gegenwärtig zeigt unsere Handelsbilanz wieder eine Neigung zur Passivität. Mit der Aufhebung der Einfuhrverbote unter gleichzeitiger Ermächtigung zur Neuregelung der Zölle haben wir ein Mittel in der Hand, ohne eigentliche Zwangsmagnahmen die Preise zu beeinflussen. Gegen die Überschreitungen der Devisengesetzgebung werden wir mit aller Strenge einschreiten, auch im Interesse des soliden Bankgewerbes und der Wirtschaft. Wir brauchen jetzt im Interesse der Währungsstabilität billige Preise. Die notwendige Steigerung der Produktion muß begleitet sein von einer Einschränkung der unproduktiven Verleumdung. Wirtschaftsfragen dürfen nicht vom Gesichtspunkt der Parteipolitik aus behandelt werden. Nach mehrtägigen parteipolitischen Ausfahrungen des Abg. Berg (Komm.) vertagte sich das Haus gegen 9 Uhr auf Montag nachmittags 3 Uhr.

Der Hitler-Ludendorff-Prozeß

Der Konflikt, der am Donnerstag zwischen Staatsanwalt und Verteidigung im Münchener Prozeß ausgebrochen war, wurde am Freitag durch Erklärungen der Verteidigung und des Vorsitzenden beigelegt, so daß die Verhandlungen ihren Fortgang nehmen konnten.

Der Verteidiger Kohl gab, wie er betonte, aus freien Stücken, zu Beginn der Sitzung folgende Erklärung ab: „Ich behauere meine in der Erregung über die Verhaftung des Hauptmanns Weiß gemachten verletzlichen Äußerungen, die den Herrn ersten Staatsanwalt veranlaßten, den Sitzungssaal zu verlassen. Die Wichtigkeit der Verteidigung lag mir fern. Ich siehe nicht an, den Herrn ersten Staatsanwalt um Entschuldigung zu bitten.“ Namens der Gesamtverteidigung erklärte Rechtsanwält Schramm, die Verteidigung behauere solche Vorfälle und werde bestrebt sein, die Verhandlung in sachlicher Weise zu führen.

Der Vorsitzende stellte fest, daß damit der Zwischenfall beigelegt sei. Es sei tief bedauerlich, daß derartige Angriffe gegen die anlagevertretende Behörde vorgekommen seien. Im Wiederholungsfall werde das Gericht unter Umständen genötigt sein, das Verfahren gegen den einen oder anderen Angeklagten vom Hauptverfahren abzutrennen, um eine ordnungsmäßige Durchführung des Prozesses zu ermöglichen. Dann wird in der Zeugenernehmung fortgefahren.

Zunächst wurde Hauptdolmetscher Adolf Schiedt von der „Münchener Zeitung“, der ehemalige Pressesekretär des Generalstaatskommissariats, vernommen. Auf Antrag der Verteidigung unterließ er vorläufig seine Verteidigung.

Der Zeuge schildert die Vernehmung im Bürgerbräukeller, die ursprünglich nicht öffentlich, sondern nur für Vertreter von Organisationen, die nach sehr naheliegender, bestimmt war. Die Erklärung Kahr's nach dem Hiltergewaltstreich war außerordentlich vorsichtig formuliert. Die ganze Öffentlichkeit war ja genau darüber unterrichtet, daß Kahr ein Monarchist ist. Er hat nie ein Geht daraus gemacht. Besonders Herr v. Seißer mußte stark genötigt werden und man merkte es ihm an, daß er es nicht gerne tat. Ein Diktator, der sich allerdings mit der Pistole zu eine anderen Auffassung drängen läßt, kann unmöglich noch eine Rolle spielen, er kann dem Volk nicht ein Führer aus eigenem Entschluß sein. Das ganze stimmte mit dem Charakter Kahr's, mit der Auffassung dieses Mannes von seinen Pflichten nicht überein. Ich hatte aber nicht die Überzeugung, daß dies etwa eine Komödie sei. Dazu waren die Vorgänge viel zu ernst, aber ich hatte die schwersten Zweifel. Später traf der Zeuge im Generalstaatskommissariat als ersten Herrn v. Seißer, der gerade aus dem Beratungszimmer herauskam. Ich sagte ihm: Herr Oberst, soll ich Ihnen gratulieren? Er antwortete: Um Gotteswillen, das ist doch nicht so. Sie werden ja alles gleich erfahren. In der Kaserne des 19. Infanterie-Regiments hörte der Zeuge von Kahr selbst, wie die Dinge sich abspielten hatten. Er fuhr dann nachmittags 9 Uhr zur Stadt, um seine eigene Zeitung auf die Raifache einzustellen, daß Kahr die Macht in der Hand habe und sie auch zu halten gedente. Kahr, Löffow und Seißer waren in heller Empörung, insbesondere Kahr fand es immer noch unbegreiflich, wie nationale Manner ihm so gegenübertraten konnten. Auch von Zusicherungen, die ihm gegeben worden seien, war wiederholt die Rede. Meinungsverschiedenheiten hat es während der ganzen Zeit in dieser Frage zwischen den Herren nicht gegeben. Ich war von Kahr beauftragt worden, die Herausgabe der Morgenblätter zu verbieten, nicht etwa als Strafmaßnahme, sondern um nicht ungeheure Wertverminderung in der öffentlichen Meinung anrichten zu lassen.

Staatsanwalt Ehart: Erwarteten Sie, daß die drei Herren bei dem Unternehmen des Herrn Hitler ernstlich mitmachen würden? Zeuge: Nein, da hätte ja eine vollständige Sinnesänderung eintreten müssen.

Rechtsanwalt Goll: In der Rede Kahr's heißt es nach den „Münchener Neuesten Nachrichten“ u. a.: „Deute vor 5 Jahren ist Deutschland zusammengebrochen. Heute soll nach den Grundsätzen nationaler Freiheit Deutschland wieder erleben.“ Wer hat veranlaßt, daß dieser Satz in einer Reihe Münchener Zeitungen weggelassen worden ist? Zeuge: Das weiß ich nicht.

Es folgen lange Auseinandersetzungen über die Beamten-eigenschaft Schiedts. Eine Frage Kahr's über die politische Haltung Kahr's in den früheren Jahren, erklärt der Vorsitzende nicht zulassen zu können. — Bei der Abfassung der Schrift „Veni Vidi“ erklärt der Zeuge, nicht beteiligt gewesen zu sein; den Verfasser kenne er nicht. Auf Anfrage erklärt der Zeuge, daß er die bayerische Staatsangehörigkeit nicht besitzt.

Zeuge Generaloberst Graf v. Balthasar berichtet über seine Wahnelemente in der Bürgerbräukeller. Mit Ausnahme Kahr's machten die Herren bei der Abgabe ihrer Erklärungen einen niedergelagerten Eindruck. Die Schupo und die Reichswehr wurde am nächsten Tage in unerhörter Weise angepöbel, leider von einem Teil der sogenannten guten Gesellschaft. Schupo und Reichswehr verdienen den Dank des Vaterlandes, das sie vor nicht wiederzumachenden Folgen bewahrt haben. Seißer stand bleich da, Löffow war ruhig, Kahr auch. Ein Eindruck, daß ein Wort gebrochen wurde, hatte ich nicht; ich weiß ja nicht, ob die Herren ihr Wort gegeben haben. Auf die Frage des Vorsitzenden, welchen Eindruck die Haltung der Herren auf ihn machte, erklärte der Zeuge, sie seien tief ernst gewesen, Kahr voll Selbstherrschung, desgleichen Löffow; Seißer auf das tiefste deprimiert. Löffow und Seißer, erklärt der Zeuge, können nur unter Zwang gehandelt haben, möge er physisch oder moralisch unter Zwang sein. Das liegt doch sehr nahe. Der ganze Überfall erfolgte so plötzlich, er war so raffiniert gemacht, daß man sich sagen mußte: Es ist alles so vorbereitet gewesen, um die Herren beieinander zu halten.

Auch der nächste Zeuge, Universitätsprofessor Geheimrat v. Gruber, äußert sich über seine Wahnelemente in folgenden Schilderungen: Ludendorff war sichtlich auf das tiefste ergriffen. Ich hatte den Eindruck, daß Ludendorff überaus war und daß er nicht unter den Verdächtigen gewesen ist. Kahr's Gesicht war wie gewöhnlich feiner, der Ausdruck sehr und ruhig. Hitler war begeistert und überauswändig glänzend. Löffow hatte ein kühl spöttisches Lächeln, während man an Seißer überhaupt keine Gemütsbewegung wahrnehmen konnte.

Der nächste Zeuge, Universitätsprofessor der Geschichte, Dr. Karl Alexander v. Müller, schildert ebenfalls die Vorgänge im Bürgerbräukeller. Mir machte es den Eindruck, als liege um Kahr's Aussehen ein Ausdruck der Melancholie. Hitler deutete vor Freude. Seine Freude war fast kindlich. Ludendorff war toternst, man sah, daß er das Gefühl hatte, es handle sich um Leben und Tod, mehr um Tod als um Leben. Löffow machte ein spöttisches Gesicht. Seißer war erregt und weich. Als Hitler die Hände Kahr's ergriff, machte das einen ungeheuren Eindruck auf die Versammlung. Ich selbst war tief erschüttert; ich hielt das Unternehmen gerade in der Art, wie es durchgeführt wurde, besonders aus außenpolitischen Gründen, für verhängnisvoll. Auf dem Nachhausewege sagte ich mir: Wenn morgen die Herren sich mit ihrem Aufruf an das Publikum wenden, bleibt nichts anderes übrig, als mitzutun.

Zeuge Oberregierungsrat Sommer vom Staatsministerium des Innern. Der Zeuge schildert die Vorgänge im Saal und seine Bemerkungen für den jetzigen Namen Ministerpräsidenten v. Knilling. Beim Verlassen des Bürgerbräukellers erklärte ihm Kahr: „Herr Kollege, ich bin tieftraurig. Sie haben ja selbst gesehen, daß ich nur gezwungen worden bin zu der ganzen Sache; es etwas macht man nicht.“ Anschließend sagte er dann: „Im übrigen werde ich das weitere veranlassen.“

In der Nachmittagsitzung erklärte Freiherr v. Bredt, Führer der 7. Division der Reichswehr. Er biete den Eid aller Beteiligten an, daß aus dem Panzerauto auf dem Odenplatz im Laufe des 9. November nicht ein einziger Schuß abgegeben worden sei. Bei der Ablieferung der Munition habe auch nicht ein Schuß gefehlt. Unwahr sei es auch, daß der Oberleutnant Braun den Leutnant Capella von der Reichswehrgeschichte erschossen habe. Braun habe am 9. November nicht einen einzigen Schuß abgegeben. Auch die übrigen Anschuldigungen gegen Oberleutnant Braun seien unwahr. Ferner sei die Behauptung, daß die Reichswehr den Waffenstillstand gebrochen und das Feuer eröffnet habe, unwahr. Vielmehr könne jederzeit nachgewiesen werden, daß das Feuer erst eröffnet wurde, nachdem in die Kaserne hineingedrungen worden war. Der General erklärte, daß die Werturteile gegen die Reichswehr sich von selbst richteten. Die Reichswehr habe am 9. November blutenden Herzens ihre Pflicht getan. Die neue Belastung durch diese Angriffe habe die Reichswehr nur noch fester zusammengeklüftet.

Oberleutnant Braun von der zweiten Kompanie des Infanterieregiments Nr. 19 erklärte auf Eid, daß die gegen ihn erhobenen Vorwürfe bis auf das letzte Wort erlogen seien. 40 Mann seiner Kompanie seien bereit, die Hand zum Schwur zu erheben.

Politische Neuigkeiten

Die Militärkontrolle

Die dem deutschen Botschafter in Paris überreichte Note der Vorkonferenz führt u. a. aus:

Die über die Art der Kontrollverhandlungen bestehenden Mißverständnisse seien den deutschen Interessen ebenso abträglich, wie den Interessen der Alliierten. Es scheint in der Tat die Stunde gekommen, um durch eine gemeinsame Anstrengung aus der Sackgasse herauszukommen. Die alliierten Regierungen seien bereit, auf jede mögliche Weise und in einem möglichst kurzen Zeitraum die Last der Kontrolle, die auf Deutschland ruhe, zu erleichtern. Im Hinblick auf dieses Ziel seien sie bereit, der deutschen Regierung folgende Vorschläge zu machen:

Beschränkung der Aufgaben der Kommission auf diesen Punkt und spätere Schaffung eines Garantiekomitees oder einer anderen Organisation mit gleichen Aufgaben, die an Stelle der Kommission eingesetzt werden würde, sobald diese sich davon überzeugt hat, daß die Durchführung der fünf Punkte so weit fortgeschritten ist, daß die endgültige Regelung gesichert sei. Dieses Angebot wird jedoch unter folgendem Vorbehalt gemacht: Mit Rücksicht darauf, daß die Kontrollen praktisch seit länger als einem Jahr geruht haben und daß die deutsche Regierung der Kommission versichert hat, daß die militärischen Bestimmungen jetzt außer 5 Punkten durchgeführt sind, wird die deutsche Regierung den Beweis für ihre Erklärungen erbringen, indem sie die unbehinderte Durchführung der erforderlichen Besichtigungen sichert. Diese Besichtigungen werden gemäß den von der Kommission getroffenen Entscheidungen und in voller Werbung des Kontrollrechts vorgenommen werden, um den interessierten Nationen hinsichtlich des gegenwärtigen Standes in bezug auf Kriegsmaterial, Rekrutierung und Militärausbildung in Deutschland volle Beruhigung zu geben. Die alliierten Regierungen seien überzeugt, daß ein Vergleich auf dieser Basis beiden Seiten Vorteile bringen würde. Er würde der Ausübung der Kontrolle bestimmte Ziele und genau festgelegte Grenzen setzen und der deutschen Regierung die Perspektive eröffnen auf eine baldige Zurückziehung der Kommission und auf ihre Ersetzung zuerst durch ein Garantiekomitee oder ein anderes Organ und dann durch den auf Grund des Artikels 213 des Vertrags verhandelten Völkerrats. Die Note erklärt zum Schluß, daß die alliierten Regierungen den größten Wert darauf legen, baldmöglichst eine Antwort zu erhalten.

Zu der Note bemerken die Berliner Blätter, der Inhalt lasse erkennen, daß es sich hier um einen Kompromiß zwischen den Regierungen Frankreichs und Englands handle. Hinter dem heftigen Tone der Note sei die bittere Bille der Wiederaufnahme der allgemeinen militärischen Kontrolle verborgen, was für das deutsche Volk eine schwere moralische Belastung bedeute.

Die Reparationsabgabe an England

Das englische Unterhaus billigte mit 240 gegen 170 Stimmen das englisch-deutsche Abkommen über die Herabsetzung der Reparationsabgaben.

Bei der Debatte über die Herabsetzung der deutschen Reparationsabgaben an Großbritannien von 26 Prozent auf 5 Prozent erklärte der Schatzkanzler Snowden, es handle sich um eines der unangenehmsten Vermächtnisse der vorigen Regierung. Die Frage der Entschädigung an die deutschen Exporteure werde zwischen Deutschen und der deutschen Regierung geregelt. Dagegen, daß die deutschen Exporteure jetzt ermüdet werden könnten, den englischen Importeuren mehr anzudeuten, als sie es schon tun können, bestche eine wirksame Garantie, nämlich die wirtschaftlichen Verhältnisse der Welt. Die Regierung habe der Ermäßigung zugestimmt, da sie überzeugt sei, daß es jetzt beizugehen: 5 Prozent oder nichts. Die Lage in Deutschland werde fortgesetzt schlimmer. Deutschland, das vor 3 Jahren nicht 26 Prozent bezahlen konnte, könne es heute noch bestimmt viel weniger. Die 5 Prozent seien die einzige Reparation, die England von Deutschland jetzt erhalte. Sie bringe monatlich 160 000 Pfund Sterling bei 5000 Pfund Sterling Verlusten. Es sei unfinnig von 800 000 Pfund Sterling monatlich zu reden. Die Reparationsabgabe sei tatsächlich höher als das, was Frankreich und Belgien erhalten hätten. Das Abkommen habe nur einen zeitweiligen Charakter, hauptsächlich deshalb, weil nach Abgabe des Berichtes der Sachverständigenausschüsse die gesamten Reparationsfragen neu geprüft werden würden. Wahrscheinlich würde im Laufe der nächsten Wochen die Frage der Reparationen von neuem aufgeworfen und mit den größeren anderen Fragen, die geregelt werden müßten, verschmolzen werden. Die Regierung habe in kürzester Zeit das erreicht, was ihre Vorgänger in dreimal so langer Zeit nicht erreicht haben. Der Unterschied sei, daß man jetzt 160 000 Pfund Sterling erhalte, während man während der letzten drei Monate der letzten Regierung nichts bekommen habe. Auf die Frage, weshalb das Abkommen am 15. April zur Ende gehe, wolle er bemerken, daß die deutsche Regierung den deutschen Industriellen mitgeteilt habe, daß sie nach dem 15. April den Industriellen keine Entschädigung für die an Frankreich gelieferte Waren mehr gewähren werde. Es bestehe noch ein weit wichtigerer Umstand als dieser. Wie dem Hause bekannt sei, unterfuche der Sachverständigenausschuss die Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Er (Snowden) wisse nicht, wann der Sachverständigenausschuss seinen Bericht erlassen werde, er hoffe jedoch, daß es sehr bald sein werde. Sobald der Ausschuss seinen Bericht erlassen habe, werde die ganze Reparationsfrage neu geregelt werden. Deshalb habe die Regierung diesem Abkommen nicht mehr als zeitweiligen Charakter versehen wollen. Man frage ihn, ob die Regierung irgendwelchen Plan für die Zukunft habe. Es sei äußerst wahrscheinlich, daß die gesamte Frage der Reparationen im Laufe der nächsten Wochen von neuem aufgeworfen werde. Dann würde diese Untersuchung mit größeren Fragen, die geregelt werden müßten, verschmolzen werden.

Lloyd George erklärte, Deutschland könne nur durch die Ausfuhr und die Lieferung von Rohstoffen zahlen, aber in dem letzten Punkte habe keine Leistungsfähigkeit eine Grenze. Letzten Endes müsse es zahlen durch die Ausfuhr. Es sei grotesk, anzunehmen, daß man sich bares Geld bezahlen lasse und dies in Gold umwandeln könne. Das Gold sei in Deutschland fort. Was die Deponierung von Wertpapieren durch Deutsche im Ausland betreffe, so müsse man berücksichtigen, daß ein Land, das Handel treiben wolle, um so größere Depots im Ausland errichten müsse, je schlechter sein Kredit sei. Die Tatsache allein, daß Deutschlands Kredit im Ausland größer sei, als vor dem Kriege, sei also nicht notwendigerweise ein Beweis dafür, daß hierdurch die Leistungen der Reparationen umgangen werden sollen.

Eine Rede Stresemanns

Im Rahmen des 6. Landesparteitages der Deutschen Volkspartei des Landes Braunschweig führte Reichsaussenminister Dr. Stresemann zur politischen Lage unter anderem aus:

Die letzten vier Jahre waren Jahre der Entfaltung und haben für unsere Außenpolitik doch eine Schlußarbeit bedeutet. Die Zeit nach dem Kriege war eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Kurz vor dem Zusammenbruch des Ruhrkampfes kam die große Koalition und sah sich der Notwendigkeit gegenüber, sich zu fragen, ob wir schon zugrunde gehen wollen, oder nach die Kraft betonen, unser Schicksal selbst in die Hände zu nehmen. Der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands steht jetzt der Welt so deutlich vor Augen, daß internationale Komitees an die Arbeit gehen, um die Frage zu erörtern, ob die Welt eingreifen muß. Wir müssen uns klar darüber sein, daß wir ein entschlossenes Volk sind und ich empfinde es *loyal*, die Leiter der deutschen Außenpolitik deshalb anzugreifen, weil sie die Konsequenzen daraus ziehen müssen, daß keine nennenswerte Armee hinter ihnen steht.

Als zweite Möglichkeit kommt die Frage eines gewissen aktiven politischen Widerstandes an Stelle der Gewalt in Frage, die des Verzeihens des Vertrages von Versailles. Wir müssen uns wenden gegen das, was über den Vertrag von Versailles hinausgeht. Alles, was unsere Brüder in der Pfalz erdulden, und die Ruhrbesetzung gehen über den Vertrag hinaus, aber ich kann die Ruhrbesetzung nur als vertragswidrig bekämpfen, wenn ich den Vertrag selbst anerkenne, und ich muß mich auf den Standpunkt stellen, den Vertrag so weit zu erfüllen, wie es die deutsche Leistungsfähigkeit zuläßt, um alles abzuwehren zu können, was darüber hinausgeht. Wenn der vertragsmäßige Zustand wieder hergestellt würde, wenn uns die Eisenbahnen wieder gehörten, das Ruhrgebiet frei würde und die Bedingungen der Rheinlandsatz erfüllt würden, so würden uns Millionen deutscher Brüder Dank wissen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir müssen einen modus vivendi schaffen, um Atem zu holen, um unsere wirtschaftlichen Kräfte wieder zu heben. Eine solche Verständigung ist nur schwer zu erreichen. Wir haben so viel Hoß auf diese Verständigungsversuche hin erlebt, daß ich es wohl verstehe, daß man sie als aussichtslos ablehnt, aber jeder, der einmal an meiner Stelle steht, wird die Sorge empfinden und die Schuldigkeit haben, jeden Weg zu einer Verständigung zu verfolgen. Man hat über einen kommenden fremden Einfluß auf das Reich gesagt, aber mir ist lieber eine wirtschaftliche Mitwirkung von Geschäftsleuten, als eine etwaige politische Finanzkontrolle. Die Anleihe soll das Weggeld für unsere Brüder am Rhein und Ruhr sein, aber auf eine Eisenbahn von Rhein und Ruhr gibt niemand eine Anleihe, ebensowenig für ein Deutschland, das über die wirtschaftlichen Anlagen im Ruhrgebiet nicht verfügt.

Zur Frage der inneren Politik führte der Minister unter anderem aus: Koalitionen sind keine grundsätzliche, sondern eine taktische Frage. Als der Ruhrkampf einging, mußten wir die Mitwirkung der Sozialdemokraten haben, sollte nicht das ganze Reich in Gefahr kommen. Die Regierung der großen

Koalition hat zuerst ausgesprochen, daß sie keine kommunistische Minister in den Ländern dulde, und das war für uns von höchstem Wert, daß in diesem Kampfe die Sozialdemokratie auf unserer Seite stand. Es kommt in solchen Zeiten nicht auf Parteidogmen an, sondern darauf, den Mut zu haben, die Härte aus dem Dreck zu ziehen. So wäre es auch unmöglich, in der jetzigen Zeit einen Kulturkampf heraufzubeschwören. Ich weiß als Außenminister am besten, was der päpstliche Stuhl alles für die Deutschen im besetzten Gebiet getan hat.

Der Minister wandte sich hierauf wirtschaftlichen Dingen zu. Erst wenn die Bilanzierung des Etats komme, beginne die Gesundung des deutschen Volkes überhaupt. Wir haben die Reichsbahn und die Post selbständig gemacht. Wir sind brutal vorgegangen gegen die Beamten, gegen das ganze Volk. Der Staat muß erhalten bleiben. Unser Volk kann nur den Weg in die Höhe gehen, wenn es den Weg gemeinschaftlich gehen will, und wer den Weg vaterländischer Pflichterfüllung gehen will, wird uns an seiner Seite finden.

Kurze Nachrichten

Englands Überschuß. Es verlautet, daß das am 1. April zu Ende gehende englische Finanzjahr einen Überschuß von 40 Millionen aufweisen werde, die der Schatzkanzler auf das Budget des nächsten Jahres übertragen werde, um die geplante Ermäßigung auf die See- und Zucksteuer zu decken. Die englischen Rüstungsausgaben. Das englische Budget sieht eine Senkung der Rüstungsausgaben um 7 Millionen Pfund vor, jedoch eine verstärkte Luftwaffe, die innerhalb von zwei Jahren von 10 auf 52 Geschwader erhöht werden soll. Zur laufenden Jahr sollen acht neue Geschwader geschaffen werden.

Der russisch-italienische Vertrag wurde ratifiziert. Rücktritt des türkischen Kabinetts. Das türkische Kabinett ist zurückgetreten, wie verlautet, um Ismed Paschas Absichten zu erleichtern, das Kabinett nach der kürzlich beschlossenen Reform umzugestalten.

Beendigung des mexikanischen Aufstandes. Reuter meldet aus Mexiko: Die Führer der Aufständischen in West-Mexiko suchen sich jenseits der Grenze in Sicherheit zu bringen. Sie geben das Mikaliden des Aufstandes zu und raten ihren Anhängern, nach Hause zurückzukehren und keine Klärungen zu begehren. Das mexikanische Kriegsamt teilt mit, daß der organisierte Widerstand nördlich des Petroleumbereiches aufgehört.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Nächste öffentliche Sitzung am 20. März

Der Vertrauensmännerausschuss des badischen Landtages beschloß gestern Abend, die nächste öffentliche Sitzung am 20. März, früh 9 Uhr, abzuhalten. Es sind bereits eine größere Anzahl von Anträgen, gestellt von fast allen Parteien, eingelaufen, die an die Ausschüsse zu verweisen sind. Dort werden sie vorberaten und für das Plenum verhandlungsreif gemacht. Mit dieser Sitzung nimmt dann der Landtag im eigentlichen Sinne seine Tätigkeit auf. Seit seinem letzten Zusammentritt, Anfang November, sind 4 Monate verlossen. Wie der Reichstag hat er also ebenfalls eine längere Pause in seiner Tagung zu verzeichnen gehabt.

Die Fraktionen des Landtages

beschäftigten sich am Donnerstag und Freitag mit der abgeänderten Verfassung, die inzwischen von dem Verfassungsausschuss in 1. Lesung fertiggestellt worden ist und nunmehr der Regierung zur Aushandlung und event. Einwendungen vorliegt. Auch ein Wahlgesetz, nach welchem die nächsten Landtagswahlen statzufinden haben, sowie die Anerkennung des Steuerverteilungsgesetzes usw. wurden von den Abgeordneten beraten und die Stellungnahme der einzelnen Fraktionen festgelegt.

Ob Sitzungen in der nächsten Zeit überhaupt laufend stattfinden können, hängt davon ab, wann der Reichstag aufgelöst wird und wann die Neuwahlen stattfinden werden. Es ist ohne weiteres verständlich, daß der Wahlkampf zu den Reichstagswahlen es unmöglich macht, in den letzten Wochen vor der Wahl eine regelmäßige Tätigkeit des badischen Landtages vor statten gehen zu lassen.

Die landwirtschaftlichen Unfallrenten

Von der badischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft wird aus geschrieben:

In einer Mitte Januar an die Presse gelangten Mitteilung wurde bekanntgegeben, daß eine Verordnung der Reichsregierung über die Umwandlung der Rentenbezüge aus der Unfallversicherung in Rentenmark (Goldmark) bevorstehe und daß diese Verordnung auch Entscheidung darüber treffen werde, ob die Renten unter 20 Prozent ebenfalls aufzuwerten oder ob sie aufzuheben sind. Die Erlassung dieser dringenden notwendigen Verordnung, durch die vor allem das tätige, die Unternehmer verbitternde Zulagewesen zu beseitigen war, ist von der Reichsregierung, wie jetzt bekannt wird, bis auf weiteres verschoben worden. Es bleibt also in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung leider alles beim Alten. Dies bedeutet:

1. daß die Berufsgenossenschaften gezwungen sind, neben den Renten meistens noch besondere Zulagen festzusetzen und beide, Renten und Zulagen, auch fernherhin in der zerräubernden Papiermarkwährung nach Milliarden und Billionen zu berechnen;
2. daß auf die Zulagen nach wie vor nur Renten von 20 Prozent aufwärts, Unternehmer und ihre Ehefrauen überdies nur dann Anspruch haben, wenn sie einer Zulage nach ihren wirtschaftlichen Verhältnissen bedürftig sind;
3. daß Renten unter 20 Prozent durch Zulagen überhaupt nicht erhöht werden dürfen, vielmehr im früheren Papiermarkbeitrag auszugeben, also auch fernerhin völlig wertlos sind. Daß die Post sie mit einer Milliarde und künftig mit zehn Milliarden zur Auszahlung bringt, ändert an dieser Wertlosigkeit nicht viel.

Aus dem Vorangelegten geht hervor, daß die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft, die schon seit Monaten bei den

Der heutigen Nummer liegt die Beilage „Wissenschaft und Bildung“ bei.

maßgebenden Stellen für eine Umwandlung aller Renten in Goldmark und dafür eingetreten ist, daß über die kleinen Renten unter 20 Prozent endlich eine Entscheidung getroffen werde, an dem Fortbestehen der schon bisher unhaltbaren Zustände keine Schuld trägt und daß es deshalb ungerechtfertigt ist, wenn in ungezählten Eingaben täglich die bestigsten Vorwürfe gegen sie erhoben werden, weil die Renten nicht in Goldmark umgestellt und insbesondere weil die Renten unter 20 Prozent nur mit einer Milliarde vierteljährlich ausbezahlt werden.

Um der Entwicklung der Verhältnisse einigermaßen Rechnung zu tragen und in der Erwartung, durch den baldigen Eingang der Umlage von 1924 die erforderlichen Mittel zu erhalten, ist die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft nunmehr von sich aus dazu übergegangen, die Unternehmerrenten von 20 Prozent und darüber durch die Gewährung von Zulagen im Rahmen des möglichen allgemein zu erhöhen. Da mehr als zehntausend Renten in Frage kommen, wird die unständliche Zulageberechnung nicht in kurzer Frist durchgeführt werden können; diejenigen Unternehmer, die vorzugsweise berücksichtigt werden wollen, mögen sich deshalb unmittelbar oder durch Vermittlung des Bürgermeistersamt — unter Angabe der Unfallnummer — an die Berufsgenossenschaft wenden.

Bei Renten unter 20 Prozent hat die Berufsgenossenschaft sich lediglich an die gesetzlichen Bestimmungen zu halten, die eine Aufwertung durch Zulagen nicht vorsehen. Es hat deshalb gar keinen Zweck, die Berufsgenossenschaft durch Vorstellungen, durch Drohungen mit Beitragsverweigerung, mit Klagen und andern Unannehmlichkeiten zur Aufwertung zwingen zu wollen. Wenn der von der Post bezahlte Betrag die Rube des Abholens nicht wert ist, der möge auf die Abhebung verzichten, bis sich die Reichsregierung zu einer Entscheidung darüber veranlaßt sieht, was mit den kleinen Renten geschehen soll. Die auf die Renten unter 20 Prozent bezüglichen Eingaben und Beschwerden künftighin im einzelnen zu beantworten ist der Berufsgenossenschaft fernerhin nicht mehr möglich.

Letzte Anmeldefrist für Forderungen im Ausgleichsverfahren

P. A. In der Presse ist bereits auf die Verordnung vom 22. Dezember 1923 hingewiesen worden, laut der sämtliche ausgleichsfähigen Vorkriegsforderungen, soweit sie noch nicht beim Reichsausgleichsamt angemeldet waren, unverzüglich, spätestens bis 31. März d. J. angemeldet werden müssen. Gewisse Forderungen wurden nach früherer Rechtsauffassung bisher nicht als ausgleichsfähig angesehen, ihre Anmeldung wurde deswegen zurückgewiesen. Neuerdings aber ist durch die Rechtsprechung des Gemischten Schiedsgerichtshofs ihre Ausgleichsfähigkeit bejaht worden. Diese Forderungen müssen trotz der früheren Zurückweisung neu angemeldet werden.

Bei den zahlreichen Rechtsbeziehungen zwischen Baden und Elsaß-Lothringen werden folgende Fälle entsprechend der angeführten Verordnung besonders hervorgehoben:

1. Forderungen an Elsaß-Lothringer werden so, wie sie am 11. November 1918 (Tag des Waffenstillstandes) geschuldet waren, angemeldet, auch wenn später Zahlung darauf erfolgt ist; denn der Deutsch-Französische Gemischte Schiedsgerichtshof hat derartige Zahlungen für unwirksam erklärt.

2. Umgekehrt haben viele Deutsche ihre Markschulden an Elsaß-Lothringer mehr oder minder unfreiwillig in Franken zum Kurs von M. 1. — = Frs. 1.25 oder einem anderen Kurs bezahlt. Soweit dieser über den sogenannten Waffenstillstandskurs (M. 1. — = Frs. 0,8184) hinausging, war nach der Rechtsauffassung des Gemischten Schiedsgerichtshofs der Mehrbetrag nicht geschuldet und ist nunmehr als Rückzahlunganspruch anzumelden.

Bei der Bedeutung dieser beiden Fälle wird das Reich, wenn die Anmeldung zu einer Gutschrift durch das Gegenamt führt, dem Gläubiger 25 Prozent des Goldmarkwertes dieser Gutschrift zukommen lassen, also erheblich mehr als die sonst auf Ausgleichsforderungen ausgesetzte Quote von 1/2 Prozent des Vorkriegswertes.

3. Weiter sind Hypothekensforderungen an Elsaß-Lothringer, wie auch an andere Angehörige der Gegnerstaaten anzumelden, auch wenn sie nicht gekündigt worden sind, wenn sie nur spätestens auf 10. Januar 1920 hätten gekündigt werden können.

Die möglichst vollständige Anmeldung aller dieser Forderungen ist für das Reich von großer Bedeutung, da die von ihm an die Gegenämter zu zahlenden Beträge dadurch wesentlich vermindert werden. Andererseits verliert der Gläubiger, der nicht rechtzeitig anmeldet, jede Möglichkeit, die Forderung geltend zu machen. Außerdem setzt er sich der Bestrafung mit Gefängnis oder hoher Geldstrafe aus.

Allmende in Baden

Aus einer Veröffentlichung des badischen Statistischen Landesamts geht hervor, daß Baden neben der Schweiz zu den Ländern gehört, in denen die Allmende am weitesten verbreitet ist. Rund 57 Prozent aller auf dem Lande wohnenden Familien haben Anteil am Bürgerreueben in Form von Gahholz oder von ausgeteilter Allmende. Letztere umfaßt etwa sieben Prozent der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche.

Badische Landwirtschaftskammer

Die Badische Landwirtschaftskammer hat an das Landesfinanzamt einen dringenden Antrag gerichtet, wonach schon die erste Zinserrate für die Rentenbankschuld nach den berücksichtigten Wehrbeitragswerten festgesetzt werden soll. Falls die Festsetzungsbescheide nicht mehr allgemein dahin geändert werden könnten, wolle man die Rentenbankzinsen bis zur Durchführung der Wehrbeitragsberichtigung funden.

Aus den Parteien

Die Zentrumsfraktion des badischen Landtages erläßt eine Erklärung, worin sie die Ausführungen des Generals Ludendorff im Hüllerprozeß, die sich gegen Zentrum, Reichsanwalt und Klerus richteten, als wahrheitswidrig entschieden zurückweist und der Meinung Ausdruck gibt, daß es sich um eine wohlüberlegte planmäßige Kulturkampfbewegung handelt.

Aus der Landeshauptstadt

Schuhverband der Aufwertungsgläubiger. Unter dem Vorherrsche des Oberbürgermeisters a. D. Siegrist hat sich auch hier eine Ortsgruppe des Schuhverbandes der Aufwertungsgläubiger Badens gebildet, der sofort 180 Mitglieder beitraten. Der Schuhverband wird demnächst mit einer Verankaltung an die Öffentlichkeit treten, bei der Kaufmann Seger aus Stuttgart, der Syndikus des württembergischen Verbandes, sprechen wird.

Ein Ratskeller im badischen Handelshof. Der Stadtrat von Karlsruhe hat in seiner Sitzung am Donnerstag das Konzeptionsgesetz des Landesverbandes des badischen Einzelhandels, der im Souterrain des Bad. Handelshofes am Marktplatz (früher Hotel Gröffe) ein Weinrestaurant unter dem Namen „Ratskeller“ errichten will, genehmigt unter dem Vorbehalt, daß die Stadt berechtigt ist, falls sie später einen Ratskeller

In eigener Regie betreiben will, die Bezeichnung Matscheller zu übernehmen. Die Umbauten werden in nächster Zeit in Angriff genommen werden.

Beisetzung. Donnerstag Nachmittag wurde Achille Frey Pfeifer unter großer Beteiligung zu Grabe getragen. Es hatte sich eine überaus zahlreiche Trauerversammlung eingefunden. Nach einem Trauergefang des Gesangsvereins Niederfranz-Frohmann, schilderte Herr Stadtpfarrer Schutz den Werdegang Pfeifers. Es sprachen dann Vertreter des Corps Frisia, welchem der Verstorbene 23 Jahre angehörte, der Freiwilligen Feuerwehr Mühlburg, dessen Kommandant der Verstorbene war, des 8. Feuerwehrcorps und der Freiw. Feuerwehr Karlsruhe, der Loge Pyramide, des S. C. des Militärvereins usw. Ferner wurde namens anderer Vereinigungen eine große Anzahl Kränze niedergelegt. Die Stadtverwaltung Karlsruhe war durch Bürgermeister Schneider und Oberbauamt Selz vertreten.

Landestheater. Wie bereits bekanntgegeben, erfolgt am Dienstag, den 11. d. M. die Erstaufführung von Alexander von Zemlinsky's tragischem Märchen „Der Zwerg“. Das Werk, dessen dramatischer Vorwurf auf einer Märchenbildung von Oskar Wilde beruht, erzielte bei seiner Uraufführung am Stadttheater in Köln a. Rh. unter Otto Kemperer einen ungeheuren künstlerischen Erfolg, der dem Werk auch bei der jüngst erfolgten Erstaufführung an einer Wiener Staatsoper treu geblieben ist. Die hiesige Aufführung ist die erste in Süddeutschland und dürfte daher dem nachhaltigsten Interesse weiser Kreise begegnen. Anschließend an den „Zwerg“ gelangt Erik Wolfgang Korngolds heitere Oper „Der Ring des Polstrates“ zur Darstellung, die seit ihrer Münchner Uraufführung über zahlreiche deutsche Bühnen gegangen ist und allenthalben helle Begeisterung erweckt hat.

Infolge Unpäßlichkeit von Fräulein Amy Sins findet in der am Sonntag, den 9. d. M. stattfindenden Aufführung von Heberers „Jugendjahre“ das früher beliebte Mitglied des Landes-Theaters, Frau Therese Müller-Reichel vom Staatstheater in Wiesbaden, die Partie des Regen Urbain.

Die Welträtsel gelöst? (Das astronomische Weltbild nach allerneuesten Forschungen.) Über dieses höchstinteressante Thema spricht zu prachtvollen astronomischen Lichtbildern Ernst Mühlbach, Leiter der „Norddeutschen Urania“ in Hamburg, am 11. März im Eintrachtssaal. Die Karten Ausgabe besorgt die Konzertdirektion Kurt Neufeldt.

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. Heibelberg, 7. März. Wegen Wuchers, verübt beim Handel mit Christbäumen, wurden vier Personen von hier zu empfindlichen Geldstrafen und Einzug des Übermaßes verurteilt. In der Verhandlung wurde u. a. festgestellt, daß ein unter Anklage stehender Großhändler an einer Sendung Christbäume von 1600 Stück allein ebensoviel Reinerwerb hatte, als das Jahresgehalt eines ledigen mittleren Beamten ausmacht.

Ludwigsbafen, 8. März. Die Lage in der Anilinfabrik hat sich am gestrigen Spätnachmittag nicht geändert. Der Haupteingang, wie gemeldet, wird von einem französischen Kommando bewacht. Zu irgendwelchen Verhandlungen ist es, da der Terror noch wirkt, nicht gekommen.

Gestern früh haben sich wieder viele Ausgesperrte vor dem Werk angeammelt, die die Beamten und Angestellten nicht hineinkommen. Mittags drückte die Menge das Haupttor ein. Durch die Demonstranten wurden die im Bau I (Direktions- und Verwaltungsgebäude) sich befindlichen Beamten sowohl durch Zurufe als auch durch telefonische Anrufe aufgefordert, das Gebäude zu verlassen, widrigenfalls daselbst in die Luft gesprengt werde. Später drangen die Demonstranten bereits in die Fabrik ein und verteilten sich auf das gesamte Fabrikgelände. Da die Demonstranten sich rauchend im Gelände der Fabrik aufhalten, besteht nicht nur eine Feuer-, sondern auch eine Explosionsgefahr.

Zu einer Meldung der „Frankf. Zeitung“ hinsichtlich der Entlohnung der Arbeiter wird von zuständiger Stelle erklärt, daß die Löhne von dem Arbeitgeberverband der chemischen Industrie gemeinsam festgesetzt und von keinem anderen Betrieb in Ludwigsbafen übertroffen werden. Entgegen der unrichtigen Darstellung in der „Frankfurter Zeitung“ ist der tatsächlich niedrige Wochenlohn eines ungelehrten Arbeiters mit drei Kindern 25,75 bis 29,12 Mark, je nach Tätigkeit des betreffenden Arbeiters. Handwerker verdienen 31,28 bis 33,20 Mark in der Woche. Das sind die bisherigen Bezüge für die achtstündige Arbeitszeit, die sich natürlich entsprechend erhöhen, wenn neun Stunden gearbeitet wird. Durch Prämien- und Akkordarbeit verdienen die meisten Arbeiter jedoch wesentlich mehr.

Stuttgart, 7. März. Der Neffe des Grafen Zeppelin, Oberst a. D. Frhr. Dr. Max v. Gemmingen, der nach dem Tode des Grafen von diesem selbst an die Spitze des gewaltig anwachsenden Unternehmens vorausbestimmt wurde, ist in Friedrichshafen gestorben.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen in Millionen Mark

	8. März		7. März	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	1 566 100	1 573 900	1 566 100	1 573 900
Kopenhagen	659 300	662 700	663 700	666 300
Stafien	179 600	180 400	180 500	181 500
London	18 005 500	18 095 000	18 055 000	18 145 000
Newyork	4 190 000	4 210 500	4 190 000	4 210 500
Paris	155 600	156 400	156 000	164 000
Schweiz	724 200	727 800	726 200	729 800
Krag	122 100	122 500	122 100	122 500
Wien (100 Kronen)	63 800	64 200	63 800	64 200

Die kleine Ziffer bedeutet die Intelligenz in Prozent

Staatsanzeiger

Nr. 18612 Norm XXXIII. Betr. Verkehr mit Kraftfahrzeugen. Norm XXVII. An die Bezirksämter:

Vor der Erteilung einer Erlaubnis zum Mitführen einer Anhängewagen gemäß § 25 Abs. 4 der Verordnung über Kraftfahrzeugverkehr v. 15. März 1923 ist jeweils die Ausrüstung des zutüchtigen Wasser- und Straßenbauamts einzuholen.

Sämtliche Gesuche um Erteilung einer Erlaubnis auf Grund des § 20 Abs. 3 der Straßenpolizeiordnung, sämtliche Beschwerden gegen auf Grund der §§ 25 Abs. 3/4 und 30 getroffene Verfügungen der Bezirksämter und hierauf bezügliche Anfragen sind durch Vermittlung der Wasser- und Straßenbauinspektion hierher vorzulegen.

Karlsruhe, den 6. März 1924.

Der Minister des Innern.

Remmele

Bekanntmachung

Die staatsärztliche Dienstprüfung Der diesjährige Vorbereitungskurs für den staatsärztlichen Dienst wird in der Zeit vom 5. Mai bis 26. Juli am Tierhygienischen Institut in Freiburg unentgeltlich abgehalten werden.

Anmeldungen sind bis zum 1. April 1924 an das Tierhygienische Institut in Freiburg zu richten.

Karlsruhe, den 7. März 1924.

Der Minister des Innern

Remmele

An die Bezirksämter

Das Arbeitsministerium schließt sich dem durch Erlass des Herrn Ministers des Innern vom 8. Februar 1924 Nr. 12623 getroffenen Verfahren an und wird auch seinerseits dazu übergehen, geeignete Erlasse im Staatsanzeiger bekanntzugeben, ohne daß dem Bezirksamt besondere Abdrucke der Erlasse zugehen. Die Bezirksämter werden daher angewiesen, diese Veröffentlichungen des Arbeitsministeriums aufs Geheueste zu befolgen und jeweils nach Erscheinen des Staatsanzeigers sofort die entsprechenden Verfügungen zu treffen. Auch bezüglich der Sonderabdrucke schließe ich mich dem Verfahren des Herrn Ministers des Innern an.

Karlsruhe, den 3. März 1924

Der Badische Arbeitsminister

J. B. Fuchs

Nr. 7948 An die Bezirksämter und Norm XXII 5 an die Gemeinden

1. Nach § 61 der dritten Steuernverordnung vom 14. Februar 1924 (R.G.B. S. 74) tritt mit dem Ablauf des 31. März 1924 das Reichsgesetz über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues außer Kraft. Die Erhebung der Wohnungsabgabe ist in zahlreichen Gemeinden bereits eingestellt worden, da die Erhebungskosten die Höhe der Abgabe übersteigen. Eine allgemeine Einstellung der Erhebung der Abgabe im ganzen Land vor Ablauf des 31. März 1924 ist nicht angängig, da in mehreren großen Städten des Landes die Abgabe auf wertbeständiger Grundlage erhoben wird, der Eingang befriedigend ist und die Einkünfte zur Fertig-

stellung begonnener Bauten benötigt werden. In einer im Gesetz- und Verordnungsblatt demnächst zur Veröffentlichung gelangenden Verordnung über den Vollzug des Wohnungsabgabengesetzes ist deshalb vorgesehen, daß Festsetzung und Einzug der Wohnungsabgabe dann zu unterbleiben haben, wenn der einzuziehende Betrag weniger als 30 Goldpfennige beträgt; praktisch wird damit der Einzug der Wohnungsabgabe für alle Gemeinden mit sofortiger Wirkung eingestellt, ausgenommen für jene, in welchen sie in entsprechender Höhe auf wertbeständiger Grundlage noch bis 31. März 1924 erhoben wird.

2. Vom 1. April 1924 ab findet eine Veranlagung und Erhebung der Wohnungsabgabe nicht mehr statt. Die Fortführung der Steuerlisten und die Aufstellung der Erhebungslisten erübrigt sich mithin, ebenso unterbleibt künftig die in § 4 der Verordnung vom 20. Oktober 1923 (R.G.B. S. 787) vorgeschriebene Anzeige über den Gesamtbetrag der wohnungsabgabepflichtigen Steuerwerte und die Vorlage der Übersicht über diese Steuerwerte an das Finanzministerium und den Bezirksausschuß; ferner kommt in Wegfall die Vorlage der in § 8 a. a. O. vorgeschriebenen Nachweisung.

3. Aus der demnächst zur Veröffentlichung gelangenden Verordnung ergibt sich weiter, daß Rechtsmittel gegen den Bezug zur Wohnungsabgabe und Anträge auf Befreiung für erledigt erklärt werden, wenn der Wert der Abgabe weniger als 5 Goldmark beträgt, und daß die weitere Ablieferung der Wohnungsabgabe von den Wohnungsverbänden und verbandsfreien Gemeinden unterbleibt.

4. Abrechnungen mit der Staatsschuldenverwaltung über abgelieferte Wohnungsabgabe sind nicht mehr zu pflegen. Der wegen Aufklärung von Differenzen etwa noch bestehende Schriftwechsel wird für erledigt erklärt. Eine nachträgliche Vorlage des Liefercheines für Beträge, die als Abschlagszahlung oder als endgültige Lieferung an die Staatsschuldenverwaltung abgeführt sind, hat nicht zu erfolgen.

5. Von der Aufstellung von Vorauszahlungen durch die Wohnungsverbände für die kommende Budgetperiode ist bis auf weiteres abzusehen.

6. An der Organisation der Wohnungsverbände wird vorerst nichts geändert. Die durch die Änderung der Grenzen der Amtsbezirke in Bezug auf die Wohnungsverbände erforderlichen Anordnungen, besonders diejenigen in vermögensrechtlicher Hinsicht, werden durch besondere Verordnung erfolgen. Es sind möglichst jetzt schon Vorkehrungen zu treffen, daß sich die Abwicklung rasch und ohne Reibung vollzieht.

7. Auf die Anleihen der Wohnungsverbände findet der § 16 der dritten Steuernverordnung (R.G.B. S. 74) Anwendung, da die Wohnungsverbände Gemeindeverbände sind. Soweit es sich bei den aufgenommenen Krediten um Anleihen im Sinne dieser Vorschrift handelt, kann vorerst Verzinsung und Einlösung nicht gefordert werden. Es wird sich aber für die Wohnungsverbände empfehlen, mit den Kreditgebern, soweit eine Heimzahlung ohne Vorbehalt nicht schon geschehen ist, wegen einer Rückzahlung mit einer Aufwertung ins Benehmen zu treten und hierzu die Rückzahlungen aus gewährten Bauforderungen zu verwenden. Die Aufwertung wird sich aber wohl nur in ganz bescheidenen Grenzen halten können.

8. Von der Verzinsung und Rückzahlung der durch Vermittlung der Staatsschuldenverwaltung an die Wohnungsverbände und verbandsfreien Gemeinden weitergegebenen Reichsschüsse zur Förderung des Wohnungsbaues ist entsprechend einem Ersuchen des Reichsarbeitsministeriums bis auf weiteres abzusehen.

Karlsruhe, den 7. März 1924

Der Badische Arbeitsminister

Engler

Der Finanzminister

Köhler

Der Minister des Innern

Remmele

Jogal-Tabletten

hervorragend bewährt bei

Sicht, Nervenschmerzen, Rheuma, Hexenschuß, Ischias, Kopfschmerzen.

Die große Beliebtheit des Jogal beruht auf den vielen ausgezeichneten Erfolgen, die zahlreiche Ärzte und Kliniken damit erzielen. Jogal scheidet stark die Gallensäure aus, geht also direkt zur Wurzel des Übels. Die Wirkung tritt unmittelbar ein, die Schmerzen werden behoben und auch Schlaflosigkeit wird erfolgreich mit Jogal bekämpft. In all. Apoth. Best. 64, 3/4 A. d. d. c. d. s. s. l. l. c. 0,40%, Chinin, 12, 6/10, Lit., ad 100 Amyl.

Thürmer Pianinos
Außergewöhnlich gute, schöne und preiswerte Pianinos mittlerer Preislage
empfehlen der **Alleinvertreter**
Ludwig Schweisgut
4 Erbprinzenstraße 4

G. BRAUN
(vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag)
G. m. b. H.
Karlsruhe i. B. Karlsruhstr. 14
Modern eingerichtete leistungsfähige Buchdruckerei
Herstellung von Werken Zeitschriften und Drucksachen jeder Art
Schnelle und sorgfältige Ausführung

Badisches Landestheater.
Sonntag, 9. März. 11¹/₂ u. 8 Uhr. 1.—, —75 M.
II. Musikalische Morgenfeier.
Werke von Hasler, Stamitz, Stölzel.
Leitung: Fritz Cortolezis.
Sonntag, 9. März. 6—10 Uhr. Sp. I 7.20 M.
Die Hugenotten.

Dienstag, 11. März, 8 Uhr, Eintracht
Lichtbilder-Vortrag
Ernst Mühlbach
Nordeutsche Urania-Hamburg
„Die Welträtsel gelöst?“
bringt das neueste Wissen vom
Sternenhimmel
Für jedermann verständlich!
Karten zu Mk. 3.—, 2.— und 1.— bei
Kurt Neufeldt.

Herrentuchhaus
Herrenstr. 22 empfiehlt Herrenstr. 22
Herren-Anzug-, Mantel-Stoffe
Damen-Kostüm-, Mantel-Stoffe
Große Auswahl Mäßige Preise

Künstlerhaus Karlsruhe.
Sonntag, 9. März. vorm. 11¹/₂ Uhr. 1.—, —75 M.
Morgenveranstaltung des Theaterkulturverbandes.
Einführung in W. v. Scholz' „Wettlauf mit dem Schatten“. Vortrag von Dr. R. K. Goldschmit-Heidelberg. Rezitationen.
Erstaufführung: Mittwoch, den 12. März, 7¹/₂ Uhr.

Demnächst erscheint:
Grundlagen der rationellen Betriebsführung
Mit besonderer Berücksichtigung des Handwerks
Von Oberregierungsrat **W. Bucerius**
Direktor des Badischen Landesgewerbeamts

Anleitung zur Organisation einer handwerklichen Buchführung
2. Auflage
Von **Dr. Karl Rößle**, Mannheim
Grundsätze der handwerklichen Selbstkostenberechnung
Von **Dr. Karl Rößle**, Mannheim
Verlag G. Braun G. m. b. H., Karlsruhe
Karlsruhstr. 14

Konzerthaus Karlsruhe.
Sonntag, 9. März.
7—10 Uhr. Park. I 3.00.
Der Mustergatte.

Detektiv Institut
„Privat-Auskunft“
Argus „Mannheim“
O. 6. 6.
Planen 3.47
Fernspr. 3305
A. Maier & Co., G. m. b. H.

Metallbetten
Stahlmatt., Kinderbett., direkt an Private, Katalog 78 R frei.
Eisenmöbelfabrik Süss (Zür.)

Zwangsversteigerung
Montag, den 10. März 1924, nachmittags 2 Uhr, werde ich im Pfandlokal, Steinstraße 23, gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern: Möbel jeder Art, 2 Schreibmaschinen — ferner daran anschließend an Ort und Stelle, nächstes in Termin — 1 Garnitur Korbmöbel, 1 Schreibtisch, ca. 14 Meter laufende Bretterwand mit Glaseinsätzen und 8 Pfeiler.
Karlsruhe, 7. März 1924.
Maier, Gerichtsvollzieher.

Druck G. Braun, Karlsruhe.